

Reinhart Köbler

---

## Imperialismus und Globalisierung Anmerkungen zu zwei Theoriekomplexen

Die weithin mit Globalisierung chiffrierte, weltweit spürbare aktuelle Umbruchsituation bezieht sich auf alle wichtigen Lebensbereiche, vom Alltag über die Wirtschaft bis zur hohen Politik oder zur Popkultur. Spätestens seit der Krise der IT-Branche seit Anfang 2000 freilich erscheint Globalisierung selbst in den kapitalistischen Kernländern in einem neuen Licht – eben weil sie sich nicht als krisenfest und als Allheilmittel zur Erreichung der Chimäre unbegrenzten Wachstums erwiesen hat, wie dies die Propagandisten der *New Economy* während der 1990er Jahre ausgemalt hatten. Spätestens die Entwicklung nach dem 11. September 2001 unterstreicht zudem, dass die Dynamik der als globalisiert bezeichneten Wirtschaft und die Verdichtung globaler Kommunikationsnetze keineswegs in der Lage sind, Kriegsgefahr und Gewalterfahrungen großen Stils auszuschalten. Vielmehr zeichnen sich die Konturen eines neuen Gewaltregimes auf internationaler, aber auch auf nationalstaatlicher Ebene ab. In dieser Situation liegt es nahe, noch nachdrücklicher als zuvor zu fragen, was denn eigentlich wirklich historisch neu an der gegenwärtigen Globalisierung ist, und wo die bezeichneten Erscheinungen vielmehr ältere Entwicklungstendenzen kapitalistischer Wirtschaft, Gesellschaft und Politik fortführen, modifizieren oder auch intensivieren. Solche Fragen lassen sich sinnvoll wiederum auf Rückfragen an jenen Theoriekomplex beziehen, der wie ich meine in historisch sehr folgenreicher Weise auf den letzten vorangegangenen großen Schub von Globalisierung und einschneidender Neustrukturierung des Kapitalismus reagiert hat, die mittlerweile nahezu hundert Jahre zurück liegende Imperialismusdebatte.

Im folgenden soll der Versuch gemacht werden, gedrängt und ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit einige Parallelen, vor allem aber zentrale Unterschiede herauszuarbeiten, die sich zwischen der klassischen Imperialismustheorie, wie sie vor und während des Ersten Weltkrieges ausgearbeitet wurde und der aktuellen Globalisierungsdebatte ausmachen lassen. Dabei unterstelle ich, dass sich derartige Theoriebildung und die an sie anschließende Zeitdiagnose zugleich als wichtige Quelle für das Verständnis zentraler struktureller Gege-

benheiten, etwa für strukturelle Weiterungen, aber auch für Begrenzungen konzeptioneller Horizonte lesen lässt. Auch aus diesem Grund kann ein Blick auf die klassische Imperialismustheorie nützliche Hinweise auf anhaltende Kontinuitäten ebenso wie Brüche vermitteln. Unvermeidlich skizzenhaft folgen dem einige Hinweise darauf, wie dies anhand wichtiger Beiträge zur heutigen Globalisierungsdebatte konkretisiert werden kann, wobei abschließend speziell auf die unterschiedliche Form eingegangen wird, in der sich Kriege und Kriegsgefahr in beiden Situationen darstellen.

## 1. Imperialismus und Dynamik des Kapitals

Bei deutlichen Unterschieden und teilweise scharfen Kontroversen ist doch eine weitgehend einheitliche Grundproblematik, ein gemeinsamer Ansatz klar erkennbar, der die Imperialismusdebatte vor hundert Jahren kennzeichnete. Es ging um eine allgemein zur Kenntnis genommene aktuelle Veränderung im herrschenden Kapitalismus, ihre ökonomischen Grundlagen, ihre sozialen und politischen Folgen sowie zumindest für die wenigstens in der Rückschau dominante sozialistische Strömung innerhalb der Debatte um die strategischen Schlussfolgerungen, die daraus für eine als revolutionär verstandene Sozialdemokratie zu ziehen waren. So zeitlich verfremdet und exotisch, wie gerade die letztere Formulierung aus aktueller Sicht klingen mag, nehmen sich die Diagnosen freilich nicht aus.

Die Imperialismustheorien bezogen sich auf eine Umbruchssituation, deren Tiefe schon aus der Begriffsgeschichte hervorgeht: Wenige Jahrzehnte zuvor war mit „Imperialismus“ noch eher die Herrschaft Napoleons III in Frankreich assoziiert worden als etwa die Expansion des Herrschaftsbereichs europäischer Nationalstaaten in Afrika und Asien (vgl. Kettenbach 1966: Kap.1). Die Aufteilung der Welt erfolgte innerhalb kürzester Zeit nach der Berliner Afrikanerkonferenz von 1884, die sich als Wendepunkt dieses Prozesses verstehen lässt. Um 1900 gab es keinen bewohnten Ort auf der Erde mehr, der nicht wenigstens dem Anspruch nach zum Souveränitätsbereich eines Nationalstaates gehörte, allermeist eines europäischen. Zwar unterstreicht die Kritik am „undigested empire“ (Hobson 1968: 130), dass von einer verwaltungsmäßigen Durchdringung oder einer flächendeckenden Inwertsetzung dieser gewaltigen Territorien zumindest vorderhand keine Rede sein konnte, aber das Prinzip des Territorialstaates mit flächendeckendem Souveränitätsanspruch war jetzt formal universalisiert, auch wenn bereits die Zeitgenossen betonten, dass die Formen, in denen diese Souveränität ausgeübt wurde, sich in hohem Maß untereinander und besonders von den Verhältnissen der Metropolen unterschieden (vgl. ebd.: 113-124; zur Systematik Keene 2002).

Zugleich bestanden wenig Differenzen darüber, dass die imperialistische Expansion in erster Linie auf die Wirkung *ökonomischer* Antriebskräfte zurück-

ging. Hier freilich scheiden sich die Wege zwischen dem einflussreichen, nicht zuletzt von Lenin später rezipierten britischen Liberalen Hobson und den marxistischen Theorieansätzen. Hobson sah die Machenschaften einer Minderheit von „Parasiten des Imperialismus“ am Werk (1968: Kap. 4), die letztlich illegitimen und verderblichen Einfluss auf die britische Politik gewonnen hatten; auch die Unterkonsumtion, die angesichts der explosiven Produktivitätsgewinne und der enormen Kapitalkonzentration und -zentralisation eingetreten war, erschien ihm, wie er ausführlich darlegte, nicht als notwendige Konsequenz der Entwicklung des Kapitalismus, sondern als Folge der „verfehlten Verteilung der Konsumkraft“ (1968: 85). Dagegen betonten Rudolf Hilferding und Rosa Luxemburg nachdrücklich und eindeutig, dass dem Imperialismus die Grunddynamik des Kapitalismus zumindest in seiner aktuellen, der imperialistischen Epoche zugrunde lag. Auch hier freilich bestanden tiefgreifende Differenzen in der Analyse dieser Dynamik und ihrer Antriebskräfte.

### *1.1. Kapitalistische Neustrukturierung*

Für Hilferding waren grundlegende Reorganisationsprozesse des Kapitals der entscheidende Gesichtspunkt: Im Finanzkapital war es demzufolge zur Verschmelzung der zuvor voneinander abgegrenzten und häufig einander widerstreitenden Kapitalfraktionen des Industrie- und des Bankenkapitals gekommen. Dadurch entstand „Bankkapital, also Kapital in Geldform, das auf diese Weise in Wirklichkeit in industrielles Kapital verwandelt ist“: Finanzkapital ist „Kapital in der Verfügung der Banken und in der Verwendung der Industrielten“ (Hilferding 1910: 283), dessen Bildung einherging mit Prozessen massiver Kapitalkonzentration und fortschreitender Kartellierung der Industrien, mit der Tendenz, in einem „Generalkartell“ und einer „Zentralbank“ schließlich „das Kapital als einheitliche Macht“ zu konzentrieren, „die den Lebensprozess der Gesellschaft souverän beherrscht“ (ebd.: 296), freilich in der Realität an den verschärften sozialen Gegensätzen scheitern müsste (ebd.: 372). Die Kartellierung und Monopolisierung ging weiter mit dem Funktionswandel des Schutzzolls einher, der nicht mehr junge Industrien schützte, sondern die Profitchancen und Zentralisierungsmöglichkeiten vorhandener Branchen gegenüber dem Weltmarkt abschirmte (ebd.: 390-395; vgl. auch Bauer 1975: 516ff) und stark konzentrierte, in Kartelle organisierte Industriezweige vor auswärtiger Konkurrenz schützte. Der Hochschutzzoll förderte vor allem aber die Tendenz zum Kapitalexport, d.h. der „Ausfuhr von Wert, der bestimmt ist, im Ausland Mehrwert zu hecken“ (ebd.: 395). Auch der Kapitalexport unterliegt einem Wandel: Hilferding beobachtet, dass durch Kapitalexport nicht mehr wie im 19. Jahrhundert der Boden für eine eigenständige kapitalistische Entwicklung bereitet wird, sondern die Arbeit zwischen dem als Rohstoffbasis fungierenden Zielgebiet und dem Heimatland des Kapitalexporteurs festge-

schrieben wird. Dadurch ergibt sich – ganz entsprechend der Vorstellungen des 19. Jahrhunderts vom Nationalstaat (vgl. Hobsbawm 1991: 24-42) – die Tendenz zur Schaffung großer, von Kolonialmetropolen beherrschter Wirtschaftsgebiete. Anders als Hobson, der die koloniale Expansion in erster Linie als partikulares Unternehmen parasitärer Kapitalfraktionen brandmarkte und prinzipiell alternative Möglichkeiten etwa in höherer Verteilungsgerechtigkeit sah, sieht Hilferding demnach durchaus ein systemisch begründetes Interesse der herrschenden Kapitalfraktionen der großen Industrieländer am Werk. Der Staat wird zum wesentlichen Mittel, nicht zuletzt die Kommunikationswege der entstandenen, geographisch über den gesamten Globus verteilten Wirtschaftsgebiete zu sichern, und „die politische Macht des Staates auf dem Weltmarkt“ erscheint so als „Konkurrenzmittel des Finanzkapitals“ (Hilferding 1910: 423). Der „gewaltsamen Lösung“ der in dieser Situation angelegten Konflikte zwischen den großen Wirtschaftsblöcken, zumal England und Deutschland, wirkt freilich die unterschiedliche Form des Kapitalexports entgegen, wo etwa französisches, aber auch englisches Leihkapital „für Industrien unter deutscher und amerikanischer Leitung“ exportiert wurde und so „Tendenzen zu einer Solidarität internationaler Kapitalinteressen“ entstanden (ebd.: 422). Die „jüngste Entwicklung des Kapitalismus“ bestand in dieser, die spätere Diskussion dominierenden Form der Imperialismustheorie demnach vor allem in einer Neustrukturierung der Verfügungs- und Kontrollmöglichkeiten des Kapitals, seiner durch intensivierte Konzentration und Zentralisation bewirkten neuen Qualität. Wie wenig später vor allem Lenin betonte, hatte dies weitreichende Folgen auch für das Verhältnis zwischen Kapital und Staat, denn auch hier führten die Konzentrations- und Zentralisierungsprozesse, die in weltweit agierenden Kapitalagglomerationen wie etwa dem Elektro-Kartell gipfelten, zu völlig neuartigen Machtzusammenballungen, im „staatsmonopolistischen Kapitalismus“.

## 1.2. *Expansion des Kapitals*

Auf deutlich anderer Ebene setzt die Imperialismusanalyse Rosa Luxemburgs an. Ausgehend von der zentralen These, dass „der Kapitalismus ... zur Welt (kommt) und (sich historisch) entwickelt ... in einem nichtkapitalistischen sozialen Milieu,“ kommt sie zu einer Periodisierung kapitalistischer Entwicklung in „drei Phasen ...: der Kampf des Kapitals mit der Naturalwirtschaft, der Kampf mit der Warenwirtschaft und der Konkurrenzkampf des Kapitals auf der Weltbühne um die Reste der Akkumulationsbedingungen,“ die ihr zufolge notwendig in der „Existenz und Fortentwicklung nichtkapitalistischer Produktionsformen als seiner Umgebung bestehen“ (1975: 316). Dieser Aussage liegen weitreichende und umstrittene Grundannahmen zugrunde. Sie beziehen sich zumal auf die Kritik und Interpretation der von Marx im zweiten Band

des *Kapital* entworfenen Schemata der erweiterten Reproduktion des Kapitalismus (MEW 24: Kap. 20 und 21) und damit auf eine zentrale Grundannahme nicht nur des Marxismus der Zweiten Internationale, sondern vor allem auch des russischen Marxismus und damit der Leninschen Marx-Rezeption: Diese hielt die Reproduktionsschemata für unmittelbar gültige, empirisch nachvollziehbare Aussagen über die Funktionsweise kapitalistischer Volkswirtschaften. Daraus folgte für diese Tradition der Marx-Rezeption die prinzipielle Möglichkeit reibungsloser Akkumulation, „wenn nur“ die Proportionen zwischen „Produktionsmittel- und Konsummittelindustrien“ insgesamt sowie „in jedem einzelnen Produktionszweig ... erhalten bleiben“ (Hilferding 1910: 318). Die Krisen des Kapitalismus erscheinen damit wesentlich als Disproportionalitätskrisen, wobei für Hilferding freilich die zu schmale Konsumbasis im Verhältnis zur Produktivität „eine allgemeine“, nicht hinreichende Bedingung der Krise ist (ebd.: 301; Kap. 17). Gerade die russischen Marxisten unterschiedlichster Observanz glaubten aufgrund dieser Marx-Lektüre, aus den Reproduktionsschemata die Möglichkeit einer dynamischen Entwicklung in Russland ableiten zu können, da die kapitalistische Entwicklung selbst den inneren Markt schaffe (siehe dazu Luxemburg 1975: 18.-24. Kapitel). Allerdings beruht diese gesamte Kontroverse auf einer irrümlichen Interpretation des Marxschen Hauptwerkes, das sich keineswegs unmittelbar auf eine gegebene kapitalistische Volkswirtschaft, sondern vielmehr auf Formbestimmungen des Kapitalismus bezieht (vgl. Rosdolsky 1968: Kap. 30).

In der Imperialismustheorie ebenso wie in den späteren politischen Anwendungen ihrer Positionen durch die Kommunistische Internationale schlägt sich diese Grundposition in einem linearen Evolutionismus nieder, der die realen gesellschaftlichen Prozesse an der Peripherie des kapitalistischen Weltzusammenhangs nicht zur Kenntnis nimmt und im gegebenen Bezugsrahmen auch nicht zur Kenntnis nehmen muss; denn für ihn bedeutet die räumliche Expansion kapitalistischer Verhältnisse letztlich die Einleitung eines in den verschiedensten Ländern wiederholten Prozesses, entsprechend der berühmten Marxschen Formulierung: „Das industriell entwickeltere Land zeigt dem minder entwickelten nur das Bild der eignen Zukunft“ (MEW 23: 12) – wobei Marx diese Sicht freilich speziell im Hinblick auf Russland später einschneidend qualifiziert hatte (vgl. Kößler 1998: 45f). Doch die evolutionistische Grunderwartung kam auch darin zum Ausdruck, dass die Komintern ab 1920 antikoloniale Bewegungen als bürgerlich-demokratische Revolutionen definierte und entsprechend beeinflusste – mit weitreichenden Folgen für die revolutionären Ereignisse in China in den 1920er Jahren, aber auch noch für die begriffliche Konstruktion nationaler Befreiungsbewegungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts (Kößler 1982: Kap. 3).

Demgegenüber begründete Luxemburg die kapitalistischen Krisen aus dem zentralen strukturellen Problem der Realisierung des in jedem Produktionszyk-

lus auftretenden zuschüssigen Wertes innerhalb eines geschlossenen Wirtschaftskreislaufs. Ihr Verständnis der methodologischen Grundlagen des *Kapital* unterschied sich dabei nicht grundlegend von dem ihrer theoretischen Gegner. Dieser Ansatz führte hier jedoch zu einer anderen Konstruktion der räumlichen Expansion des Kapitals in zweierlei Hinsicht.

Wenn nämlich *erstens* das Kapital „zu seiner Existenz und Fortentwicklung nichtkapitalistischer Produktionsformen als seiner Umgebung (bedarf)“ (Luxemburg 1975: 316), so ist damit neben einer umstrittenen Zusammenbruchstheorie zugleich eine entscheidende Differenzierung jener Vorstellung von der Konstituierung und Dynamik des kapitalistischen Weltmarktes zumindest in Ansätzen formuliert, die konzentriert besagte, dass „die Bourgeoisie ... auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation (reißt). [...] Mit einem Wort, sie schafft sich eine Welt nach ihrem Bilde“ (MEW 4: 466). Gerade aus heutiger Sicht wäre diese Formulierung dahin abzuwandeln, dass die „Bourgeoisie“ viel eher eine Welt nach ihren jeweils sich ändernden Bedürfnissen als etwa nach dem Bild der jeweils vorherrschenden kapitalistischen Verhältnisse und der dadurch geprägten Lebensformen geschaffen hat. Luxemburg kann aus der Perspektive ihres Grundansatzes bereits eine in ähnlichem Sinne differenzierte gesellschaftliche Entwicklung als Moment des Imperialismus skizzieren, wenn sie auf die Formen eingeht, welche die Unterwerfung „naturalwirtschaftlicher“ oder kleinbäuerlicher Produktions- und Lebenszusammenhänge unter die Herrschaft des Kapitals in so unterschiedlichen Situationen annahm, wie sie durch das koloniale Indien, die kleinbäuerliche Wirtschaft im Mittleren Westen der USA oder Ägypten unter der Kedifen-Herrschaft repräsentiert werden (Luxemburg 1975: Kap. 27-31).

Vor allem ließ sich so aber *zweitens* eine Entwicklungslinie auf wechselnden Schauplätzen darstellen, die *durchgängig* durch das Nebeneinander und Ineinandergreifen des „rein ökonomischen Proze(sses)“ der Mehrwertproduktion einerseits und der „offen Gewalt, Betrug, Bedrückung, Plünderung“ einsetzenden Expansion auf der „Weltbühne“ auf der anderen Seite charakterisiert war (ebd.: 397). Imperialistische Expansion war damit nicht einfach auf eine Phase des Kapitalismus begrenzt, sondern schloss den Freihandelsimperialismus des „informal empire“ ausdrücklich ein. Damit entzieht sich Luxemburgs Imperialismuskonzeption einem zentralen Kritikpunkt an klassischen Imperialismustheorien, ihrer Fixierung auf die Periode der Hochschutzzölle, der Monopolisierung und der formellen Kolonialexpansion (vgl. Panitch/Gindin 2003). Die gewaltsamen Enteignungsprozesse der sogenannten ursprünglichen Akkumulation sind ihr zufolge ebenso wenig auf eine bestimmte Entwicklungsphase beschränkt wie die damit häufig eng verknüpften Formen kolonialer Durchdringung. Vielmehr erscheinen sie hier als unablässige Charakteristika des Kapitalismus während seiner gesamten Geschichte.

Aus der Sicht Hilferdings dagegen nehmen erst der imperialistische Kapitalex-

port, der Aufbau von extraktiven Sektoren und die Repatriierung der Profite der Entwicklung zu einer eigenständigen kapitalistischen Wirtschaft die Spitze (vgl. Hilferding 1910: 417-420), und auch aus der Sicht Otto Bauers (1975: 525) geht die dauerhafte Unterwerfung der Kolonien nicht auf die Expansion des Kapitals per se, sondern in erster Linie auf die Konzentrations- und Zentralisationsprozesse auf der Ebene des Weltmarktes zurück. Ähnlich konstruiert Bucharin die internationale Arbeitsteilung erst als Produkt der von ihm analysierten aktuellen Entwicklungsetappe des Kapitalismus (vgl. 1929: 16ff).

### 1.3. Imperialismus und Politik

Die folgenreichste Theoriebildung zum Imperialismus erfolgte erst unter dem Eindruck des Ersten Weltkrieges. Der Einfluss, den die 1916 verfasste Imperialismusschrift Lenins auf die gesamte spätere Diskussion ausgeübt hat, ist nur begrifflich im Licht der politischen Bedeutung, die ihr nach der Oktoberrevolution 1917 zukam; inhaltlich ist diese knappe Abhandlung nicht zu verstehen ohne das Schockerlebnis, dass der Kriegsbeginn bewirkt hatte: Hier schienen sich einerseits die pessimistischen Prognosen der bis dahin formulierten Theorien zu bestätigen, dass die Gegensätze zwischen den imperialistischen Blöcken unweigerlich auf eine kriegerische Auseinandersetzung zu trieben, andererseits hatten sich die Friedensresolutionen der Sozialistischen Internationale im August 1914 als machtlos erwiesen. Dies war wenigstens aus der Sicht der radikalen Linken gleichbedeutend mit dem Scheitern des zweiten Anlaufs zur internationalen Organisation der Arbeiterparteien. Es ging daher nicht nur um eine Erklärung des Krieges, sondern dringlicher noch darum, dessen Hinnahme und selbst Unterstützung durch die meisten sozialistischen Parteien und wenigstens punktuell auch durch größere Teile der Arbeiterschaft in den kriegführenden Staaten zu verstehen.

Der erste wichtige Beitrag zur Imperialismustheorie von bolschewistischer Seite ist die 1915 entstandene Arbeit N. I. Bucharins. Er unterstreicht in besonderer Weise, dass die neue Etappe kapitalistischer Entwicklung „Weltwirtschaft“ sei. Durch die technologischen Neuerungen des späten 19. Jahrhunderts, vor allem mit der Übertragung elektrischer Energie über lange Distanzen und mit der Einführung der Verbrennungsmotoren, durch die damit einhergehende Marktexpansion und schließlich durch den Kapitalexport sei „ein immer dichteres Netz internationaler Abhängigkeit“ (Bucharin 1929: 41f) entstanden, in dem finanzkapitalistische Trusts agierten, die durch die Ausschaltung der Konkurrenz im nationalen Rahmen einen „Prozeß der ‚nationalen‘ Zusammenballung des Kapitals, ... seiner ‚Nationalisierung‘ ... der Schaffung von gleichartigen, in staatlichen Grenzen eingeschlossenen, einander schroff gegenüberstehenden Organismen“ (ebd.: 86) eingeleitet hätten. Die „Konkurrenz der staatskapitalistischen Trusts auf dem Weltmarkt“ (ebd.: 131) erfolge

entsprechend dem Muster der früheren Konkurrenz zwischen Einzelkapitalen im nationalen Rahmen, doch werde die „Entscheidung ... durch Feuer und Schwert“ herbeigeführt (ebd.: 112) und die Zentralisierung des Kapitals erfolge nunmehr durch Kriege, wie dies der Erste Weltkrieg nachdrücklich zu unterstreichen schien (vgl. ebd.: 161ff): Es komme zur vertikalen Zentralisation in Form von Rohstoffe liefernden Kolonien, aber auch zu horizontaler Zentralisation, wofür die im Ersten Weltkrieg von Deutschland angestrebte Annexion Belgiens steht (ebd.: 134).

Während nun in der Kolonialpolitik „der blutige und schmutzige Charakter des Kapitalismus, alle seine Schrecken und alle seine Schande, der ganze Zynismus, die Habgier, die Bestialität der modernen Demokratie“ konzentriert zum Ausdruck kommen (ebd.: 185), fällt Bucharins Urteil über die innere Situation der Metropolen weniger eindeutig aus. Hier geht es ja nicht zuletzt darum, wie sich die Lage des Proletariats verändert hat. Bucharin verzeichnet zum einen wie schon Hilferding (1910: Kap. 24) die Erosion gewerkschaftlicher Rechte, ja das Herabsinken der Belegschaften auf den Status von „Leibeigenen“ oder „weißen Sklaven“ (Bucharin 1929: 179), zum andern verweist er aber auf kurzfristige Vorteile, weil es in Europa „infolge der industriellen Prosperität Zulagen zu den Arbeiterlöhnen“ gegeben habe, womit „die Kolonialpolitik ein Sicherheitsventil schuf“ (ebd.: 185).

In der Imperialismusschrift Lenins finden sich vor allem diese Thesen in zugespitzter Form wieder. Unter Rückgriff vor allem auf die Arbeiten von Hobson und Hilferding verweist Lenin auf die Prozesse der Monopolisierung, der Herausbildung des Finanzkapitals und der Aufteilung der Welt *sowohl* unter die „Kapitalistenverbände“ – also die internationalen Kartelle zumal in der Elektroindustrie (Lenin 1930a: Kap. 5) – *wie* unter die „Großmächte“ im Rahmen der gewaltigen Steigerung des „Kolonialbesitzes“ in der Zeit nach 1876 (ebd.: 159), die insbesondere durch das *scramble for Africa* zu einem enormen Schub kolonialer Eroberungen führte. Lenin versteht diese Vorgänge ähnlich wie vor ihm vor allem Bucharin als Strategie der Monopole zur Sicherung ihrer Rohstoffbasis für die Gegenwart ebenso wie für die Zukunft, denn „Monopole“ seien „am festesten, wenn *alle* Rohstoffquellen in einer Hand zusammengefaßt werden“ (ebd.: 161). Dadurch, so die naheliegende Schlussfolgerung, wird die Konkurrenz um die Verteilung und Umverteilung der kolonialen Erwerbungen noch weiter angeheizt (ebd.: 165f; vgl. auch Bucharin 1929: 135).

Vor allem unterstreicht Lenin den systemischen Charakter des Imperialismus ebenso wie seine Einordnung in ein striktes Stadienschema kapitalistischer Entwicklung. Lenin bestimmt den Imperialismus als das „monopolistische Stadium“ (1930a: 168) des Kapitalismus, dessen höchste Entwicklungsstufe. Damit richtet er sich scharf gegen die These Kautskys, Imperialismus sei „nur ein System der Außenpolitik“, was impliziert, im Prinzip sei unter den gege-



benen Bedingungen auch eine andere Politik der Mächte denkbar (zit. nach Lenin 1930b: 247; vgl. Kautsky 1915: 111). Dagegen ist für Lenin ebenso wie vor ihm für Bucharin der Imperialismus „eine Entwicklungsstufe des Kapitalismus“ (Lenin 1930b: 247) und damit zunächst einmal nicht eine Angelegenheit politischer Wahlentscheidung, sondern strukturelle Gegebenheit.

Die Auseinandersetzung mit dem im August 1914 weithin ausgebliebenen Widerstand der europäischen Sozialisten gegen den Krieg mündet weiter in die bekannte These von der Entstehung einer Arbeiteraristokratie, deren Führer „von der Bourgeoisie gekauft oder wenigstens bezahlt sind“ (1930a: 188). Lenin betont im ausdrücklichen Anschluss an die These Hobsons, Imperialismus sei wesentlich Ausdruck des Einflusses von Schmarotzer-Gruppen auf die staatliche Politik, der imperialistische Staat habe sich durch die Politik internationaler Anleihen und die Ausbeutung der Kolonialländer zum „Rentnerstaat oder Wucherstaat“ gewandelt, zum „Staat des parasitären, in Zersetzung befindlichen Kapitalismus“ (1930a: 182, 183). Die Monopolprofite ermöglichten aus seiner Sicht auch die „Bestechung der Oberschichten des Proletariats“ und damit die Förderung des „Opportunismus“ in der Arbeiterbewegung (1930a: 185). Zum Beleg führt Lenin lediglich einige Zahlen zur Differenzierung der Arbeiterschaft und eine Reihe von Briefstellen von Engels über die „Verbürgerung“ des englischen Proletariats an (vgl. 1930a: 180ff; 1930c: 385ff). Letztere versteht er als Beleg dafür, dass während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts das „Kolonialmonopol“, über das England zu dieser Zeit allein verfügte, den Kapitalisten einen „Ueberprofit“ verschaffte, von dem sie „einen Teil ... auswerfen (können), um ihre Arbeiter zu bestechen, um etwas in der Art eines Bündnisses ... der Arbeiter der betreffenden Nation mit ihren Kapitalisten gegen die übrigen Länder zu schaffen“. Alles, was sich „gegen Ende des 19. Jahrhunderts“ geändert habe, sei, dass nunmehr nicht England allein, sondern England, Frankreich, die Vereinigten Staaten und Deutschland diese Extraprofite bezögen, um sie konkurrierten und eine entsprechende Politik gegenüber ihren Arbeitern betreiben könnten (1930c: 388). Dabei bleibt unklar, ob es sich um „die oberen Schichten“ der Arbeiter handelte, oder aber um „Arbeiterminister, die ‚Arbeiterabgeordneten‘ ..., die Arbeiter. Die Mitglieder der Kriegsindustriekomitees sind, die Arbeiterbürokraten“ (1930c: 389), also spezifische Funktionsträger. Die später sehr folgenreiche These von der Arbeiteraristokratie ist deutlich ein Versuch zur Erklärung des Verhaltens der Organisationen der internationalen Arbeiterbewegung bei Kriegsausbruch 1914. Wie bereits angedeutet, kamen frühere Bewertungen der Auswirkungen der imperialistischen Neustrukturierung des Kapitalismus und der damit einhergehenden kolonialen Expansion zu anderen, weniger eindeutigen Ergebnissen. Bei Bucharin stand die Versklavung großer Teile der Arbeiterschaft der Vorstellung gegenüber, die Arbeiter in den Metropolen würden durch steigende Löhne vom Kapitalexport profitieren (vgl. 1929:115), und er zitierte zustim-

mend die ältere Diagnose Otto Bauers, dass unter diesem Gesichtspunkt „auch die kapitalistische Expansionspolitik als ein gesamtwirtschaftliches Interesse“ *erscheine* (1975: 521). Bauer hatte – auch in Auseinandersetzung mit der Kolonialapologetik – freilich im weiteren gerade auf die für die aktuellen materiellen Interessen der Arbeiter schädlichen Auswirkungen des Kapitalexports, insbesondere aufgrund der steigenden organischen Zusammensetzung des Kapitals hingewiesen, die dazu führe, dass nur ein sehr bescheidener Anteil an reinvestierten Profiten aus dem Kapitalexport zu variablem Kapital werde (1975: 534). Er hatte dies an anderer Stelle mit einer Kasuistik von Kolonien untermauert, die insgesamt in die These mündete, „daß die Ausbeutung tiefstehender Rassen in ihren Rückwirkungen auch die europäischen Arbeiter schädigt“ und daher die „Interessensolidarität der Proletarier aller Länder“ bekräftige (1905: 415). Eher als die holzschnittartige Bestechungsthese zeichnet sich hier ein Konzept der ideologischen Hegemonie ab, der herrschenden *Vorstellung* eines nationalen oder „gesamtwirtschaftlichen“ Interesses. Diese Hegemonie, die während des Krieges etwa in Rosa Luxemburgs Formulierung von der „Vormundschaft der Bourgeoisie“ (1974a: 47) angesprochen wird, kann ihrerseits Gegenstand der Ideologiekritik und der politischen Aufklärung werden.

#### 1.4. Imperialismus und Militarismus

Alle diese Überlegungen sind freilich in zwei miteinander verschränkten politischen Fluchtlinien zu sehen. In sehr unterschiedlicher Weise reflektieren die vor dem Ersten Weltkrieg entworfenen Imperialismustheorien zunächst einmal die Radikalisierung des Nationalismus, die in Deutschland in den durchaus wirksamen und folgenreichen Versuchen zum Ausdruck kam, für expansive Strategien wie Flottenpolitik oder Kolonialismus eine politische Basis mit Ansätzen zur Massenbewegung zu schaffen (vgl. Eley 1991: Kap. 4-7). Nicht zuletzt bei den „Hottentottenwahlen“ von 1907 gelang der neu formierten Rechten mit einer Propagandakampagne zur Unterstützung des Kolonialkrieges im damaligen Deutsch-Südwestafrika, dem heutigen Namibia und der deutschen Kolonialpolitik im allgemeinen, eine Wählermobilisierung, die mit dem Verlust fast der Hälfte der Sitze im Reichstag die „erste schwere Wahlniederlage“ der SPD bedeutete (van der Heyden 2003: 102; vgl. Crothers 1968). Bereits Hobson hatte auf die „Usurpation des Nationalismus“ in Großbritannien während der Agitation für den Burenkrieg hingewiesen (Hobson 1968: 127). Angesichts der verschärften Konfrontation zwischen den Großmächten betonte Hobson: „Imperialismus ... bedeutet Militarismus für die Gegenwart und ruinöse Kriege für die Zukunft“ (ebd.: 130), und er skizzierte die Konsequenzen, von den schädlichen Folgen eines allgemeinen Militärdienstes für Bürgertugenden über die Explosion der Militärbudgets und die damit einhergehende

Einschränkung der Spielräume für Sozialreformen – damals verstand man darunter die Ausweitung öffentlich geförderter Vorsorge für die großen Lebensrisiken, nicht deren Abbau – bis hin zur Entmachtung der Parlamente gegenüber der „Autokratie, sei es die des Kaisers oder die des Kabinetts“ (ebd.: 146) sowie zur Einschränkung öffentlicher Debatte im Interesse der Einheit der Nation. Hobson resümierte: „Imperialismus und Regierung durch das Volk haben nichts miteinander gemein“ (ebd.: 150) und warnte weiter vor der Gefahr, dass „die Kunst und das Handwerk der Tyrannei, die wir uns in unserem unfreien Empire angeeignet und dort ausgeübt haben, gegen unsere Freiheit zu Hause gewendet werden“ (ebd.: 152).

Sowohl Hilferding als auch Luxemburg nahmen die Militarismus-Problematik auf und versuchten sie in ihren jeweiligen theoretischen Konstrukten des Imperialismus zu verankern. Hilferding betonte, „das Finanzkapital will nicht Freiheit, sondern Herrschaft“, eben weil der expansive Kapitalexport nicht den eingegrenzten Staat des liberalen Zeitalters, sondern „Machtpolitik ohne jede Schranke“ erfordere, selbst „wenn die Ausgaben für den Militarismus und den Marinismus nicht unmittelbar gerade den mächtigsten kapitalistischen Schichten wichtigen Absatz mit meist monopolistischen Gewinnen sichern würde[n]“ (Hilferding 1910: 426). Diese Perspektive „revolutioniert auch die ganze Weltanschauung des Bürgertums“ (ebd.: 426) nicht nur im Hinblick auf den starken nationalen Staat, sondern auch auf die Einheit der Nation und die damit verknüpfte Rassenideologie, die gemeinsam erlauben, das „Ziel nationaler Grösse der vereinten Nation“ jenseits aller Klassengegensätze zu propagieren (ebd.: 429). Dem entspricht die Neuformation der „imperialistischen Klassen“, insbesondere die Unterordnung des Großgrundbesitzes unter die Führung des Finanzkapitals, der sich als „Beute der Demagogie“ wenigstens auf absehbare Zeit „Kleinbürgertum“ (ebd.: 442f) und neue Angestelltenschichten mit unmittelbarem Interesse „an der Ausdehnung des Kapitals“ anschließen (ebd.: 447). Militarismus, Rassenideologie und Kolonialexpansion konnten aus dieser Sicht auf eine Massenbasis zählen, die sich definitiv von den Hoffnungen eines freihändlerischen Liberalismus verabschiedet hatte, bürgerliche Freiheiten nach innen mit der Bewahrung des Friedens wenigstens zwischen den europäischen Staaten nach außen zu verbinden. Die Reichtagswahlen von 1907 mussten mit der erfolgreichen Formierung des nationalistischen Bühlow-Blocks als unmittelbarer Beleg für diese Interpretation erscheinen.

Demgegenüber hob Rosa Luxemburg vor allem die Schaffung eines neuen „Akkumulationsgebiet(es) des Kapitals“ hervor (Luxemburg 1975: 408), das durch staatliche Nachfrage nach Rüstungsgütern konstituiert und durch indirekte Steuern und die Erträge der Hochschutzzölle alimentiert werde, was einerseits einen Abzug vom variablen Kapital, d.h. von den Löhnen der Arbeiterschaft bedeute, andererseits aber auch einen massiven Wertabzug von nichtkapitalistischen Schichten, die wie die Bauernschaft auch auf diese Weise

verstärkt in die kapitalistische Warenwirtschaft einbezogen würden. Die Folgen „auf der Weltbühne“ seien „eine fortlaufende Kette politischer und sozialer Katastrophen und Konvulsionen, die zusammen mit den periodischen wirtschaftlichen Katastrophen ... die Rebellion der internationalen Arbeiterklasse gegen die Kapitalherrschaft zur Notwendigkeit werden lassen, selbst ehe sie noch ökonomisch auf ihre natürliche selbstgeschaffene Schranke gestoßen ist“ (ebd.: 411). Wenn hier auch nicht unmittelbar wie bei Hilferding die politischen Konsequenzen dieser Diagnose diskutiert werden, so wird doch in Luxemburgs Analyse des Ersten Weltkriegs deutlich, dass sie diese Katastrophe unter den skizzierten Prämissen als unausweichliche Konsequenz aus den systemischen Zwängen des Kapitals verstand. So sei „die imperialistische Politik ... das Produkt eines bestimmten Reifegrades in der Weltentwicklung des Kapitals, ... ein unteilbares Ganzes, ... *dem sich kein Staat zu entziehen vermag*“. Dieser Zwang rückt in die Analogie zu ökonomischen Gesetzmäßigkeiten, die vor allem die Konkurrenz bestimmen: „Die allgemeine Tendenz der jetzigen kapitalistischen Politik beherrscht dabei so gut als übermächtiges blindwaltendes Gesetz die Politik der einzelnen Staaten, wie die Gesetze der wirtschaftlichen Konkurrenz die Produktionsbedingungen des einzelnen Unternehmers gebieterisch bestimmen“ (Luxemburg 1974b: 138).

Wie schon erwähnt, hatte Bucharin den Ersten Weltkrieg als Konkurrenzkampf zwischen staatskapitalistischen Trusts konstruiert und damit nicht nur eine unmittelbare Gleichsetzung von Ökonomie und Politik postuliert, sondern auch die unausweichliche Gesetzmäßigkeit des Krieges und ebenso die äußerste Zuspitzung der gesellschaftlichen Widersprüche unterstrichen etwa mit der Formulierung von den „weißen Sklaven“ (Bucharin 1929: 179), in die die Lohnarbeiter zumal in den Staatsbetrieben verwandelt würden. Bei Lenin stehen demgegenüber die Polemik gegen den sozialdemokratischen „Opportunismus“ und damit die These von der Arbeiteraristokratie und ihrer Bestechung im Vordergrund. Er verbindet dies mit der These, die von Hilferding bereits als freiheitsfeindlich gebrandmarkte Herrschaft des Finanzkapitals bedeute unter dem Imperialismus „Reaktion auf der ganzen Linie“ (Lenin 1930c: 379). An anderer Stelle bemerkt er, gegenüber der herkömmlichen Verbindung von „Kapitalismus und Demokratie“ durch die „mittelbare Verwirklichung der Allmacht des Kapitals“ und die „ökonomischen Mittel“ der „direkten Bestechung“ einerseits, der „Allianz von Regierung und Börse“ andererseits sei „durch den Imperialismus“ und den Machtzuwachs der Monopole „nur ... die Macht der Börse gestärkt“ worden (Lenin 1930b: 253). Diese Aussagen können freilich kaum als theoretisch konsistente Argumentation gelten; viel eher handelt es sich um – historisch durch die Nutzenanwendung vor allem in der Komintern sehr folgenreiche – polemische Ausfälle aufgrund von Evidenzen auf der Erscheinungsebene, die häufig stark assoziativ aneinandergereiht sind.

### 1.5. Das „höchste Stadium des Kapitalismus“

Die politische Lagebestimmung wäre unvollständig, wenn mit der These Lenins, der Imperialismus zeige eine „Tendenz zur Verwesung“ (Lenin 1930c: 379), sei „Uebergangskapitalismus, oder richtiger, ... sterbender Kapitalismus“ (Lenin 1930a: 209; 1930c:380) allein die Besteckung zumal der Arbeiteraristokratie assoziiert würde.

Die Grundthese, der Imperialismus sei das letzte in einer linearen Abfolge kapitalistischer Entwicklungsstadien, hatte weiter die klare Implikation, dass es auf kapitalistischer Grundlage keine wesentliche Veränderung jenseits der konstatierten Monopolisierungs- und Internationalisierungsprozesse sowie der damit einhergehenden äußersten Zuspitzung der innerkapitalistischen Widersprüche mehr geben könne. Einzige vorstellbare Folge war dann die extreme Zuspitzung der Widersprüche bis zum Umschlag in die Revolution – eine für die spätere Politik kommunistischer Parteien sehr folgenreiche Einschätzung.

In der Wendung gegen diese Grundannahme lag die eigentliche Provokation der von Kautsky vertretenen These, prinzipiell seien die imperialistischen Mächte auch zu einer anderen, „von der internationalen Sozialdemokratie befürworteten Politik“ (Kautsky 1914a: 225) im Sinne „einer Verständigung der Nationen zu Abrüstung, zu dauerndem Frieden“ (Kautsky 1915: 145) in der Lage, zu einer „ultraimperialistische(n)“ Politik der „gemeinsame(n) Ausbeutung der Welt durch das international verbündete Finanzkapital“ in einer „neue(n) Phase des Kapitalismus“ (ebd.: 144), wobei freilich „die Ausbeutung der Welt durch das international syndizierte Finanzkapital“ sich „um so planmäßiger und riesenhafter ... gestalten“ werde (Kautsky 1917: 483). Dem lag die weitreichende These zugrunde, der Imperialismus – im wesentlichen verstanden als die Unterwerfung agrarischer Rohstoffbasen durch die großen kapitalistischen Kernländer (vgl. Kautsky 1914b; 1917: 477) – sei „ein besonderes System der Politik“, und daher müsse „zwischen dem Finanzkapital und seiner Politik, dem Imperialismus genau untersch(ieden)“ werden (Kautsky 1915: 111). Die darin enthaltenen Implikationen für das Verhältnis von Politik und Ökonomie werden nicht weiter ausgeführt (vgl. auch Kraus 1978: 168-171).

Die Annahme eines finalen Stadiums des Kapitalismus betrifft auch die damit verbundene unmittelbare Zukunftsperspektive, die weniger als ein Jahr nach der Niederschrift von Lenins Imperialismus-Essays wenigstens in Russland auch höchst praktisch werden sollte. Doch ist der Verweis auf diese Zusammenhänge weit über die bolschewistischen Beiträge hinaus geradezu Allgemeinut. So hatte bereits Hilferding den Umschlag der „Diktatur der Kapitalmagnaten ... in die Diktatur des Proletariats“ erwartet (Hilferding 1910: 477). „Die vergesellschaftende Funktion des Finanzkapitals“ habe nämlich die Voraussetzungen geschaffen, dass „die Gesellschaft durch ihr bewusstes Organ,

den vom Proletariat eroberten Staat ... sofort die Verfügung über die wichtigsten Produktionsweise ... erhalten“ könne (ebd.: 473). Ganz ähnlich verwies Kautsky auf die „getane Vorarbeit“ nicht nur durch genossenschaftliche oder öffentliche Betriebe, sondern auch durch die Zusammenfassung der privaten Betriebe in „großen Organisationen“ (Kautsky 1915: 142). Gewiss hat Lenin später, vor allem in *Staat und Revolution*, einen Hauptakzent auf die Zerschlagung des bürgerlichen Staates durch die Revolution gelegt; an der Grundvorstellung, die bis an die äußerste Grenze vorangetriebene Entwicklung des Kapitalismus habe zugleich die Rationalisierung der gesellschaftlichen Produktion in einem Ausmaß gesteigert, dass die Voraussetzungen der Überwindung der Markt-anarchie allein durch die Erringung der politischen Macht durch „das Proletariat“ bereits mehr oder weniger fertig vorlägen, haben aber gerade die Bolschewiki festgehalten, ungeachtet der Rede von Parasitismus, Verwesung und Fäulnis. Daneben ist „das Monopol“ für Lenin eben auch „der Uebergang des Kapitalismus zu einer höheren Ordnung“ (Lenin 1930a: 167; Hervorhebung R.K.), und er zitiert zustimmend Hilferdings Bestimmung der Perspektive der „völlige(n) Aufhebung der Konkurrenz durch die Überwindung des Kapitalismus“ (Hilferding 1910: 472; vgl. Lenin 1930a: 194). So weit waren sich die Theoretiker, die die Neustrukturierung des Kapitalismus in einer neuen Entwicklungsphase ins Zentrum ihrer Überlegungen rückten, einig: Sie waren ausdrücklich davon überzeugt, dass die beobachteten neue Organisationsprozesse im Kapitalismus als unmittelbare Vorbereitung sozialistischer Verhältnisse zu verstehen seien, unter denen die Markt-anarchie endlich überwunden wäre und der Prozess der Zentralisierung des Kapitals „in einer gereinigten, nicht kapitalistischen Form vollendet“ werde (Bucharin 1929: 159).

Diese Perspektivbestimmung verweist zurück auf die eingangs angesprochene krisentheoretische Grundlegung der Imperialismustheorien und die Interpretation der Marx'schen Reproduktionsschemata. Gerade unter diesen Gesichtspunkten war die der ganzen Debatte im Marxismus der Zweiten Internationale zugrundeliegende „harmonische“ Auslegung dieser Schemata“ (Rosdolsky 1968: 392) überaus folgenreich: Nicht zuletzt sollte diese Auffassung entscheidend die Perspektive bestimmen, mit der nach 1917 die an die Macht gelangten Bolschewiki eine Politik vorantreiben sollten, die schließlich im Konzept des Aufbaus des Sozialismus in einem Land und der sowjetischen Plankonzeption mit ihren spezifischen Widersprüchen gipfelte: Die marx'schen Reproduktionsschemata schienen, einmal von der Anarchie des Marktes befreit und durch Planrationalität exekutiert, die Garantie für eine schnelle, harmonische Produktivkraftentwicklung zu bieten (vgl. di Leo 1972).

In nicht unähnlicher Perspektive hatte Otto Bauer den Verweis auf den „ungeheuren Kulturfortschritt“, den der Imperialismus in den Kolonien bewirkt habe, mit der nachdrücklichen Betonung der Rolle der Arbeiterschaft als

„Sachwalter der kommenden Geschichte“ gegenüber rücksichtslosem, „profitlüsternem Raubbau“ verbunden (Bauer 1905: 420) – übrigens ganz entsprechend der damals nicht bekannten Beurteilung der britischen Herrschaft in Indien durch Karl Marx (MEW 9: 127ff).

### 1.6. Das Erbe der Imperialismusdebatte

Die klassische Imperialismustheorie weist, zumal in ihrer einflussreichsten, der Leninschen Version, unübersehbare Defizite auf. Das gilt vor allem dann, wenn man sie an ihrem Anspruch misst, die Marxsche Theorie so „anzuwenden“ und weiterzuentwickeln, dass aus der sich verändernden ökonomischen Struktur der metropolitanen Gesellschaften deren Politik verständlich und ihre weitere Veränderung prognostizierbar werden. Aus heutiger Sicht dürfte deutlich sein, dass kritische Gesellschaftstheorie für solche unmittelbaren Anwendungen, ja Handlungsanweisungen allenfalls in engen Grenzen geeignet ist. Dennoch kann auf dieser Ebene gerade den theoretisch anspruchsvolleren Imperialismuskonzepten die deutliche Prognose des herannahenden kriegerischen Zusammenstoßes der imperialistischen Blöcke nicht abgesprochen werden; Gleiches gilt für die Hinweise auf die Neuformierung der inneren Politik, der Radikalisierung des Nationalismus und der Entstehung autoritärer Regime. Die mit diesen Projektionen verbundene Erwartung eines unmittelbar bevorstehenden Übergangs zum Sozialismus, zumal unter Nutzung der Rationalitätsgewinne des monopolisierten Kapitalismus, ist dagegen nicht allein nicht eingetreten, sondern zeigt unverkennbare Züge nicht nur ökonomistischer Engführung, sondern auch eines zeitspezifisch strikt evolutionistischen Geschichtsbildes. Am folgenreichsten war gewiss – unabhängig von ihrem theoretischen Status und ihrer Überzeugungskraft aus heutiger Sicht – die Zeitdiagnose Lenins aus dem Jahr 1916: Die Annahme eines parasitären, in Fäulnis übergehenden Endzustandes des Kapitalismus sollte die sowjetische Außenpolitik sowie die sehr bald von dieser abhängig gewordene Komintern in entscheidender Weise bestimmen; die These von der Arbeiteraristokratie wurde zur Grundlage der Politik kommunistischer Parteien angesichts einer gespaltenen Arbeiterbewegung bis hin zum Konzept des Sozialfaschismus. Die These vom staatsmonopolistischen Kapitalismus prägte den sowjetischen Marxismus bis zum Ende der Sowjetunion entscheidend. Andererseits formulierte die frühe Komintern erstmals ein politisches Konzept, das die antikolonialen Bewegungen als Bündnispartner ernstnahm und nicht allein als Opfer der kolonialen Expansion behandelte; freilich fußte die Kolonialstrategie kaum auf imperialismustheoretischen Annahmen, sondern vielmehr auf einer Verlängerung der von Lenin bezogenen Positionen zur nationalen Selbstbestimmung (vgl. ausführlicher Kößler 1982: 29-38).

## 2. Fragen an den heutigen Globalisierungsprozess

### 2.1. Unterschiede und Parallelen zur Imperialismusedebatte

Die gesellschaftliche Lage der Welt weist gegenüber der Situation von vor etwa 100 Jahren deutliche Parallelen auf. So gut wie unbestritten ist es seit der Krise der 1970er Jahre zu einer tiefgreifenden Neustrukturierung nicht nur von Produktions-, Arbeits- und Lebensprozessen, sondern vor allem im Bereich der Kapitalstruktur und der Unternehmensorganisation sowie damit einhergehend zu massiven Internationalisierungsprozessen gekommen. Dennoch findet die aktuelle Debatte über weltweite gesellschaftliche Zusammenhänge, für und gegen „Globalisierung“ in einem gegenüber der klassischen Imperialismuskritik deutlich verschobenen historischen Kontext statt. Das gilt am deutlichsten für das so gut wie völlige Fehlen einer über die aktuelle Situation hinausweisenden Entwicklungsperspektive, die in den imperialismuskritischen Theorien vor 90-100 Jahren geradezu als selbstverständlich unterstellt wurde. Denn nicht nur steht die politische Linke „erstmal nach über einem Jahrhundert ohne organisatorischen Bezugspunkt für (ihre) Ziele“ da (Gindin/Panitch 2000), die historischen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts haben auch viele der Gewissheiten erschüttert, derer sich die klassischen Imperialismustheorien sicher zu sein glaubten. Neben der offenkundig erwiesenen Langlebigkeit und Regenerationsfähigkeit des Kapitalismus gilt dies nicht zuletzt für die Annahme einer der kapitalistischen Entwicklung immanenten, durch Revolution lediglich frei zu legenden Rationalität, aber auch für die Perspektive einer gesellschaftlichen Synthesis, die diese überlegene Rationalität dadurch einlösen würde, dass der Plan an die Stelle des Marktes gesetzt würde. Andererseits haben sich zwar die Erwartungen auf eine „Friedensdividende“ nach dem Ende der Blockkonfrontation als ebenso illusorisch erwiesen wie die Hoffnung auf eine ungebrochene Prosperität auf der Grundlage der mikroelektronischen Revolution, doch hat dies nicht zu einer Situation geführt, in der auf absehbare Zeit mit globalen zwischenstaatlichen Konfrontationen auf militärischer Ebene zu rechnen wäre. Von gegenseitiger Abschottung durch Zollmauern trotz einer Intensivierung wirtschaftlicher Verflechtung kann wenigstens zwischen den kapitalistischen Metropolen trotz beständiger Handelskonflikte ebenfalls keine Rede sein. Schließlich bieten auch die Ansätze zur Analyse von aktuellen Globalisierungsprozessen ein weit vielgestaltigeres Bild als jenes, das sich zuvor von der Imperialismusedebatte zu Anfang des 20. Jahrhunderts zeichnen ließ, aus dem für diese Zwecke Kolonialapologetik, Sozialdarwinismus und Rassenideologie freilich getrost ausgespart werden konnten. Die mit „Globalisierung“ etikettierte Debatte ist dagegen auf dem gegenwärtigen Stand durch höchst divergierende Bewertungen, aber auch Diagnosen gekennzeichnet, die vom Gesamtdiskurs schwerlich abzulösen sind und des öfteren etwa mit der Zielsetzung eines „kosmopolitischen Blicks“ gegeneinander abgewogen werden (Beck 1997).



Die aktuelle Debatte bearbeitet unter verschiedensten Perspektiven ein überaus breites Spektrum von Fragestellungen, das ohne Anspruch auf Vollständigkeit so unterschiedliche Perspektiven wie Kommunikation, Massenkultur, Religion, internationale Beziehungen, das weltweite Migrationsgeschehen, die ökologische Gefährdung und Zukunft der Menschheit oder die Reorganisation und Entgrenzung von Raum und Zeit umfasst. Eine wesentliche Dimension der kritischen Debatte bildet die kapitalistische Neustrukturierung und die mit ihr einhergehende, gewöhnlich als „neoliberal“ bezeichnete Ideologie und ökonomische Doktrin. Auch Fragen der globalen Ungleichheit, der hierarchischen Struktur des Weltmarktes und zumal der hegemonialen Verfasstheit der internationalen Institutionen, die am ehesten die Kernthematik der alten Imperialismustheorie aufgreifen, werden mit durchaus unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen diskutiert, wobei insbesondere das Verhältnis von Politik und Ökonomie, bezieht man es etwa auf unterschiedliche Darstellungen der Position der USA in Weltwirtschaft und Weltpolitik, höchst unterschiedlich konzeptionalisiert wird.

Aus diesem bewusst ganz allgemein gehaltenen groben Zusammenschnitt ergeben sich bereits aufschlussreiche Differenzen zwischen beiden Debatten und damit auch zwischen den beiden historischen Konstellationen, in denen sie verankert waren oder sind: Der Zukunftsgewissheit und dem Vertrauen in den technischen Fortschritt, die gerade der Marxismus der Zweiten Internationale mit wenigen Ausnahmen auch gegen die in bürgerlichen Kreisen im Geiste des *fin de siècle* verbreitete Untergangsstimmung hochhielt, steht heute eine Skepsis gegenüber, die sich nicht nur auf die Katastrophen der Linken im 20. Jahrhundert bezieht, sondern mindestens ebenso auf die inzwischen deutlicher erkennbaren Ambivalenzen technologischer Machbarkeit und die ökologischen Grenzen, denen die Anwendung moderner Technologie unterliegt. Neben einem wohl unbestreitbar höheren epistemologischen Reflektionsniveau mag es auch mit diesen Umständen zusammen hängen, dass der übermächtige scientistische Einschlag, der im Marxismus der Zweiten Internationale zumal durch den beherrschenden Einfluss evolutionistischer Vorstellungen bestimmt war und der auch die ökonomistisch-reduktionistische Systematik der Imperialismustheorien wesentlich geprägt hat, kaum mehr eine Resonanz in neueren Ansätzen findet. Bei unterschiedlicher Gewichtung und Bewertung der strukturellen Rahmenbedingungen spielen daher Ambivalenzen eine ebenso wichtige Rolle wie historische Kontingenz und damit Handlungsspielräume und Entscheidungssituationen.

## 2.2. Globalisierungsprojekt, Ultraimperialismus und US-Hegemonie

Dieser breite Rahmen bietet sehr unterschiedlichen Konzepten Platz. Sie reichen von der kritischen Analyse eines planvollen „Globalisierungsprojektes“

(McMichael 2000a: 278-284) bis zum detaillierten Nachvollzug weitgehend kontingenter, nicht-intendierter Konstellationen zwischen technologischen Entwicklungen, wirtschaftspolitischen Entscheidungen und kulturellen Trends, die Ende der 1970er Jahre eine informationelle Revolution eingeleitet hätten (Castells 2001a: Kap.1; 2001b: Kap.1). Dabei sollte festgehalten werden, dass die Frage der Intentionalität, also das Vorhandensein oder Fehlen eines bewusst verfolgten strategischen „Projektes“, noch nichts über den systemischen Charakter der neuen Entwicklungen aussagt, d.h. über die Formen und Strategien, mit denen auf Kontingenz reagiert und diese in neue Strukturen übersetzt wird, über Handlungsrahmen und Lösungsstrategien angesichts konkreter Chancen und Problemstellungen.

Im folgenden möchte ich mich auf wenige Aspekte der Veränderung, zumal der Transnationalisierung von Staatlichkeit beschränken. Über einige der Konsequenzen herrscht weithin Einigkeit: Betrachtet man die politischen Institutionen, so wird immer wieder die Erosion der staatlichen Steuerbasis durch den wirtschaftlichen Globalisierungsprozess, insbesondere die weitgehende Verselbständigung des Finanzsektors betont. Dieser überaus volatile Sektor sollte übrigens nicht mit dem „Finanzkapital“ der klassischen Imperialismustheorie gleichgesetzt werden, da dieses ja gerade durch Direktinvestitionen die Herrschaft der Banken über die industrielle Produktion befestigte.

Die schwindende Steuerbasis ist freilich nur einer der Gründe, aus denen eine Verschiebung nationaler Souveränität, die Tendenz zum „Regieren jenseits des Nationalstaates“ (Zürn 1998) konstatiert wird. Gerade im Bereich der internationalen Politik verwischen sich – besonders deutlich in der Diskussion um *Global Governance* – die Grenzen zwischen eher analytischen Aussagen einerseits und eher präskriptiven andererseits. Internationale Institutionen und Regime sollen die Risiken der Moderne zügeln – von Zerstörungen der Umwelt über krasse, als Folgen der neuesten sozioökonomischen Strukturwandlungen verschärfte Ungleichheiten bis hin zu Handelsabkommen und Menschenrechtsfragen. Dabei bleiben die grundlegenden Strukturgegebenheiten systematisch unangetastet (vgl. Brand u.a. 2000), während aus demselben Kontext normative Kriterien abgeleitet werden, an denen sich zumal ökonomisch und politisch schwächere Staaten messen lassen sollen, wiederum unter vorgegebenen außenwirtschaftlichen Bedingungen der Ungleichheit (vgl. Abrahamsen 2000). Die ganz analog zu den hier greifenden Strukturanpassungsprogrammen des IWF erfolgende „Reform“-Politik in den Metropolen unterstreicht im übrigen, dass es wenigstens hier weniger um eine Erosion der Staatlichkeit als um eine Veränderung geht, die neben der Delegation von Souveränitätsrechten an regionale Instanzen zumal im Rahmen der EU vor allem durch den Übergang zum „nationalen Wettbewerbsstaat“ (Hirsch 1995) bezeichnet wird. Dieser wiederum erscheint aus der Perspektive nicht nur eines „neuen globalen kapitalistischen Blocks“, sondern zugleich eines freilich nur lose instituti-

onalisierten „transnationalen Staates“ geradezu als zunehmend untergeordnete Instanz einer über diverse internationale Gremien und Institutionen exekutierten Politik des transnationalen Kapitals (vgl. Robinson 2000: 191 und *passim*). Damit liegt es aufs erste gesehen nicht fern, in den *Global Governance*-Konzepten eine Einlösung der Kautskyschen Perspektive des Ultraimperialismus im Sinne eines – womöglich im Rahmen der G7 bzw. G8 institutionalisierten – Kartells der wirtschaftlich und politisch mächtigsten Staaten der Welt zur Schaffung friedlicher Beziehungen untereinander und im übrigen zur Ausbeutung des Restes der Welt zu erblicken, und solche Überlegungen werden auch erörtert, in der Fassung eines „westlichen“ (Shaw 2000) sowie andererseits eines strikt US-amerikanischen „Empire“, wobei Kautskys Forderung, Imperialismus nicht einfach auf Kapitalismus zu reduzieren, sondern „beide begrifflich zu unterscheiden“ ausdrücklich Zustimmung findet (Panitch/Gindin 2003). Akzeptiert man wenigstens hypothetisch diese Diagnose und die damit einhergehende begriffliche Analogie, so ist doch daran zu erinnern, dass für Kautsky diese Perspektive mit „Abrüstung“ und „dauerndem Frieden“ verbunden war, wenn auch mit der Erwartung, dass „bald neue ... vielleicht noch schlimmere ... Mißstände“ auftreten würden, doch immerhin auch mit der Chance auf eine – vorübergehende – „Aera neuer Hoffnungen und Erwartungen innerhalb des Kapitalismus“ (Kautsky 1915: 145). Aktuell wird freilich weit eher der Aspekt der nach außen gerichteten Herrschaft des kapitalistischen Staatenblocks als der Aspekt des Friedens betont. Das wird auch daran deutlich, dass im Unterschied zu einem Großteil der Globalisierungsdebatte hier ausdrücklich die fortdauernde Bedeutung des Staates, wenn auch unter veränderten Bedingungen unterstrichen wird.

Strittig sind aus dieser Sicht vor allem die Kräfteverhältnisse innerhalb dieses Blocks und die ihm zugrundeliegende Dynamik. Dabei geht es auf der Ebene der inneren Verhältnisse dieses Block in erster Linie um die Stellung der USA innerhalb der bestehenden globalen Machtstruktur. Die Hypothese des „Niedergangs der US-Vorherrschaft“ (Robinson 2000: 167) impliziert geradezu das Postulat einer sich herausbildenden Ebene „transnationaler“ Machtausübung. Mit deutlich anderer theoretischer Ausrichtung kehrt diese Annahme in der Vorstellung von einem herrschenden Prinzip des „Empire“ wieder (Hardt/Negri 2003; dazu Kößler 2003), mit der sie freilich die Tendenz zur Unterstellung einer geradezu hegelianischen Gesetzmäßigkeit teilt (vgl. Block 2000: 215). Das Postulat vom „transnationalen Staat“ stößt freilich sogleich auf das Problem einer Form der Institutionalisierung, die wenigstens bisher nur inkohärente institutionelle Apparate hervorgebracht und die ja gerade auch unter ökonomischen Gesichtspunkten entscheidend wichtige Frage des Gewaltmonopols (vgl. Block 2000: 220) bis auf weiteres ungelöst gelassen hat. Der „transnationale Staat“ erscheint dann „ebensogut als Knäuel geopolitischer Beziehungen wie er Regulator der globalen Wirtschaft ist“ (McMichael 2000b:

207), was die Formulierung vom „Netzwerkstaat“ nahelegt, nach der zuvor im Nationalstaat konzentrierte Funktionen und Aufgaben auf unterschiedliche Instanzen und räumliche Ebenen verteilt werden (Castells 2002b: Kap. 5; 2002a: Kap. 5, 6). Shaw (2000) sieht eine komplexe Formation des „Westens“ mit den USA in einer höchst widersprüchlichen Führungsposition, sowohl angesichts regionaler Zusammenschlüsse und internationaler Institutionen, die einen Teil des „komplexen Gewebes“ ausmachen, wie auch im Hinblick auf ihre interne politische und ideologische Situation, den „selbstzufriedenen Nationalismus“, der zum Auftreten der westlichen Führungsmacht als „Schurken-Supermacht“ wesentlich beiträgt. Das Bild ändert sich, wenn die Position der USA, zumal auch ihrer staatlichen Finanzinstitutionen (Treasury, Federal Reserve System) ins Zentrum gerückt und ganz im Gegensatz zum Bild des „Hegemons im Niedergang“ (McMichael 2000b: 206) als übermächtig dargestellt wird (vgl. Panitch 2000; Panitch/Gindin 2003). Die Vorstellung von einer systematischen Übermacht der USA lässt sich mit einer ganzen Reihe von Beispielen für deren konsequenten und systematischen Unilateralismus vor allem auch in ökonomischen Fragen untermauern, der etwa bei der Lösung der Asienkrise 1997/98 deutlich zu Tage getreten ist (vgl. Gowan 1999: Kap 6). Dabei stellen sich freilich grundlegende Fragen. Wenn es richtig ist, dass innerhalb eines strukturell vorgegebenen Rahmens Handlungsspielräume bestehen, d.h. dass Politik nicht einfach in ökonomischen Strukturzwängen und Machtverhältnissen aufgeht und die erkennbaren trans- bzw. supranationalen Regulationsformen sowie die bestehenden Institutionen allenfalls als *emergente* Ansätze neuer Staatlichkeit anzusprechen sind (vgl. auch Block 2000: 219), so ist die Ebene der historischen Kontingenz ernster zu nehmen als dies geschieht, wenn die komplexen Prozesse der kapitalistischen Neustrukturierung, der damit einhergehenden technologischen Innovationen und des Aufstiegs des Neoliberalismus zur hegemonialen Ideologie zum Projekt einer transnationalen Bourgeoisie oder auch herrschender Kreise in den USA stilisiert werden. Ein Ansatz, der nicht nur mit tiefgreifenden Fraktionierungen einer recht diffusen transnationalen Bourgeoisie oder auch der deutlicher erkennbaren „transatlantischen Klasse“ (van der Pijl 1995), sondern auch mit der Kontingenz von Opportunitätsfenstern gerade bei der Entstehung neuer Formen von Staatlichkeit (vgl. Kößler/Melber 2003) rechnet, dürfte weit eher in der Lage sein, die Möglichkeiten der bezeichneten konzeptionellen Öffnung auszuschöpfen.

### 2.3. Kriege der Gegenwart

Wie prekär gerade auf der Strukturebene angesiedelte Aussagen über globale politische Machtverhältnisse sind, die die Kontingenz-Problematik allenfalls verbal berücksichtigen, zeigt sich angesichts des Kriegsgeschehens der 1990er Jahre und verstärkt, seitdem die Ereignisse des 11. September zuvor bereits

formulierten strategischen Konzepten einen enormen Legitimitätsschub verliehen haben. Wenn sich auch die Legitimation militärischen Handelns durch die USA und wechselnde Gruppierungen ihrer Verbündeten – und keineswegs durch einen „transnationalen Staat“ – vom Menschenrechts- und Katastrophendiskurs der 1990er Jahre deutlich zur Gefahrenabwehr im Kontext einer ungleichen Weltordnung verschoben hat, so ist doch eine längerfristige Tendenz klar erkennbar: Die Ausrichtung immer stärker mit Hochtechnologie ausgerüsteter Armeen auf den selektiven weltweiten Einsatz erscheint als Grundkonsens der Verteidigungsplanung. Dieser Konsens lässt Vorstellungen von der Friedensdividende heute ebenso naiv erscheinen wie die Hoffnung auf „Abrüstung“ im Rahmen einer „ultra-imperialistischen“ Verständigung als atavistisch: Auch und gerade da, wo solche Verständigung gelingt und erst recht, wo sie in unterschiedlicher Form aktuell erzwungen wird, geschieht dies vor dem Hintergrund und unter der Voraussetzung massiver und steigender Militäretats, die eine Erinnerung an die These vom Militarismus als privilegiertem Akkumulationsfeld geradezu aufdrängt. Doch nimmt dies ungeachtet vielfältiger Konkurrenz gerade nicht die Form direkter Konfrontation zwischen den mächtigsten Staaten der Welt an: Allenfalls lässt sich in der Praxis der Intervention das Interesse spezifischer, teils auch national verankerter Kapitalgruppen erkennen, nicht nur an der Kontrolle strategischer Ressourcen, sondern auch am „Outsourcing“ im Militärbereich (Bianco/Forest 2003). Gerade im Gefolge des Irakkrieges 2003 ist dies unverkennbar. Die schon mit dem Kosovokrieg 1999 erkennbare, nach dem 11. September 2001 massiv gesteigerte Tendenz zur Deregulierung, in bestimmter Weise zur Entzivilisierung der internationalen Beziehungen (Kößler 2002/03, 2003b) hat im Vorfeld des Irakkrieges zwar Widersprüche vor allem zwischen Teilen der EU, Russland und den USA deutlich gemacht, doch auch dies hat mit dem eigentlichen Kriegsgeschehen wenig zu tun, wie nicht zuletzt die Taktik der Bundesregierung im März und April 2003 unterstreicht, an Nutzungs- und Überflugrechten der US-Armee nicht zu rühren. Gewiss lässt sich fragen, ob dies mit der Übermacht der USA als Hegemonialmacht, mit grundlegender Interessensolidarität oder der Einbindung in entstehende staatliche Strukturen auf transnationaler Ebene zu erklären ist. Diese Dimensionen schließen einander vermutlich nicht völlig aus. Eine solche Fragestellung verfehlt aber – anders, als dies im weit geringer institutionalisierten internationalen Gefüge vor dem Ersten Weltkrieg der Fall war – die globalen Konfliktlinien, die immerhin so bedeutend sind, dass sie immer wieder zu militärischen Konfrontationen führen, wenn auch zu Konfrontationen zwischen technologisch und militärisch extrem ungleichen Gegnern, in unterschiedlicher Intensität und in Formen, die – etwa als „Cyberwar“ (Castells 2001b: 158-164) – deutlich vom klassischen Kriegsbild abweichen, und deren Problematik derzeit in Irak und Afghanistan getestet wird. Diese Konfrontation verweist auf globale Ungleichheit und jene Marginalisie-

zung ganzer Weltregionen, die in der allgemeinen Globalisierungsdebatte weitgehend reproduziert wird (siehe aber Castells 2002b: Kap. 2, 3). Freilich sind die Vermittlungen, zumal auch mit dem internationalen Terrorismus weit komplexer (vgl. Kößler/Melber 2002: Kap. 4), als dass hier einfache Kausalitäten zu unterstellen wären.

Dennoch sind nicht nur die Strukturanpassungsrezepte, die seit den 1980er Jahren seitens der internationalen Finanzinstitutionen Staaten des Südens verordnet werden, strukturell und konzeptionell den „Reform“-Programmen zum sozialen *roll back* in den Metropolen nicht unähnlich, sondern auch Marginalisierungsprozesse sowie die Ausübung nichtstaatlicher wie staatlicher Gewalt stehen heute in einem weltweiten Zusammenhang. Wie Castells vor dem Hintergrund der Netzwerkmetapher verschiedentlich betont, ist nicht nur der strukturelle Ausschluss aus globalen Netzwerken (*Digital Divide*) noch immer für die Mehrheit der lebenden Menschen eine Realität, sondern ebenso das beständige Risiko, aus dem Netzwerk herauszufallen, abgeschaltet zu werden (Castells 2001b: Kap. 8, 9). Die Marginalisierung ganzer Regionen und großer sozialer Gruppen ist heute weniger ein Ausweis aktueller Ausbeutung denn der strukturellen Abhängigkeit und Dominanz, die bei universalisierter Kapitalbeziehung das effektive Zustandekommen des Ausbeutungsverhältnisses zur Bedingung des Überlebens werden lässt (Kößler 1993). Auch die Vorstellung von interregionalen Werttransfers, die gar zur Privilegierung einzelner subalternen Gruppen in den Metropolen im Sinne der alten Arbeiteraristokratie-These führe, erscheint vor diesem Hintergrund nicht nur theoretisch fragwürdig, sondern auch faktisch und politisch endgültig als obsolet – wenn solche Argumente auch immer noch zu hören sind, und wenn diese Problematik auch an der Ungleichheit in der Welt und den historischen Zusammenhängen von Abhängigkeit und Marginalisierung nichts ändert

Trotz aller historischer Unterschiede sind die Einsichten der älteren Imperialismustheorie in die Zusammenhänge zwischen militärischer Gewaltausübung sowie gewaltsamer Herrschaftspraxis nach außen und der Veränderung staatlicher Gewalt nach innen keineswegs obsolet. Globalisierung ist nicht nur in ihrer Ambivalenz als neue Herrschaftsform mit subalternen Chancen zu sehen, sondern auch in ihrer Tendenz zur Hervorbringung einer neuen globalen (Un-)Ordnung von Krieg und Gewalt.

## Literatur

- Abrahamsen, Rita 2000: *Disciplining Democracy. Development Discourse and Good Governance in Africa*. London/New York: Zed Books.
- Bauer, Otto 1905: Die Kolonialpolitik und die Arbeiter, *Die neue Zeit* 23.2, 265-269; 411-420.
- Bauer, Otto 1975: *Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie*. (1907) In: ders., *Werkausgabe*. Bd.1. Wien: Europaverlag, 49-622.
- Beck, Ulrich 1997: *Was ist Globalisierung?* Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Bianco, Anthony: Stephanie Anderson Forest 2003: Outsourcing War. An Inside Look at Brown & Root, the kingpin of America's new military-industrial complex, *Business Week* 25.9.2003.
- Block, Fred 2000: Using social theory to leap over historical contingencies: A comment on Robinson, *Theory and Society* 30, S. 215-221.
- Brand, Ulrich, Achim Brunnengräber, Lutz Schrader, Christian Stock & Peter Wahl 2000: *Global Governance. Alternativen zur neoliberalen Globalisierung?* Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Bucharin, Nikolaj 1929: *Imperialismus und Weltwirtschaft*. Berlin-Wien: Verlag für Literatur und Politik (1915; Nachdruck Frankfurt am Main: Neue Kritik 1969).
- Castells, Manuel 2001a: *Das Informationszeitalter*. Bd.1: *Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft*. Opladen: Leske + Budrich.
- Castells, Manuel 2001b: *The Internet Galaxis. Reflections on the Internet, Business, and Society*. Oxford UP.
- Castells, Manuel 2002a: *Das Informationszeitalter*. Bd. II: *Die Macht der Identität*. Opladen, Leske + Budrich.
- Castells, Manuel 2002b: *Das Informationszeitalter*. Bd. III: *Jahrtausendwende*. Opladen, Leske + Budrich.
- Grothers, George Dunlap 1968: *The German Elections of 1907*. New York: AMS Press (1941).
- Eley, Geoff 1991: *Wilhelminismus, Nationalismus, Faschismus. Zur historischen Kontinuität in Deutschland*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Gindin, Sam; Leo Panitch 2000: Rekindling Socialist Imagination: Utopian Vision and Working-Class Capacities, *Monthly Review* 51, 10 zit. nach [www.monthlyreview.org/300gind.htm](http://www.monthlyreview.org/300gind.htm)
- Gowan, Peter 1999: *The Global Gamble. Washington's Faustian Bid for World Dominance*. London & New York: Verso.
- Hardt, Michael; Antonio Negri 2003: *Empire. Die neue Weltordnung*, Frankfurt/M.: Campus.
- Hilferding, Rudolf 1910: *Das Finanzkapital. Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus*. Wien: Volksbuchhandlung Ignaz Brand.
- Hirsch, Joachim 1995: *Der nationale Wettbewerbsstaat*. Berlin & Amsterdam: ID-Archiv.
- Hobson, John A. 1968: *Imperialism. A Study*. London: George Allen & Unwin (1901, 1938).
- Keene, Edward 2002: *Beyond the Anarchical Society. Grotius, Colonialism and Order in World Politics*. Cambridge: Cambridge UP.
- Kautsky, Karl 1914a: Die Internationalität und der Krieg, *Die neue Zeit* 33.1, 225-250.
- Kautsky, Karl 1914b: Der Imperialismus, *Die neue Zeit* 33.2, 908-922.
- Kautsky, Karl 1915: Zwei Schriften zum Umlernen, *Die neue Zeit* 33.2, 33-43; 71-81; 107-116; 138-146.
- Kautsky, Karl 1917: Der imperialistische Krieg, *Die neue Zeit* 35.1, 450-454; 475-487.
- Kettenbach, Hans Werner 1966: *Lenins Theorie des Imperialismus*. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.
- Kößler, Reinhart 1982: *Dritte Internationale und Bauernrevolution. Zur Herausbildung des sowjetischen Marxismus in der Debatte um die „asiatische“ Produktionsweise*. Frankfurt/M.: Campus.
- Kößler, Reinhart 1993: *Despotie in der Moderne*. Frankfurt am Main: Campus.
- Kößler, Reinhart 1998: *Entwicklung*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Kößler, Reinhart 2002/03: „The modern nation state and violence. A thumbnail sketch of long-term trends and imminent changes,” *Communiqué* (Asian Regional Exchange for New Alternatives, Hong Kong) 61/2, 6-11.
- Kößler, Reinhart 2003a: Rezension von Hardt & Negri 2003, *Peripherie* 90/91, 350-353.
- Kößler, Reinhart 2003b: The modern nation state and violence. Some theoretical perspectives on the current situation. *Ritsumeikan Annual Review of International Relations* 2 (i.E.).
- Kößler, Reinhart; Henning Melber 2003: Afrikanische Kooperation im Zeichen der Globalisierung - von Europa lernen? In: Albert Scharenberg/Oliver Schmidtke (Hg.), *Das Ende der Politik? Globalisierung und der Strukturwandel des Politischen*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Kraus, Rainer 1978: *Die Imperialismusedebatte zwischen Vladimir I. Lenin und Karl Kautsky. Eine vergleichende Analyse ihrer Theorien*. Frankfurt am Main - Bern - Las Vegas: Peter Lang.
- di Leo, Rita 1973: *Die Arbeiter und das sowjetische System*. München: Trikont.
- Lenin, W.I. 1930a: *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständliche Studie*. (1916), in: ders., *Sämtliche Werke* (nach der 2. russ. Ausg.) Bd XIX: Wien-Berlin: Verlag für Literatur und Politik, 79-211.

- Lenin, W.I. 1930b: Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den „imperialistischen Ökonomismus“, (1916) in: ders., *Sämtliche Werke* (nach der 2. russ. Ausg.) Bd XIX: Wien-Berlin: Verlag für Literatur und Politik, 229-292.
- Lenin, W.I. 1930c: Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus, (1916), in: ders., *Sämtliche Werke* (nach der 2. russ. Ausg.) Bd XIX: Wien-Berlin: Verlag für Literatur und Politik, 378-395.
- Luxemburg, Rosa 1974a: Entwurf zu den Junius-Thesen (1915). In: *Gesammelte Werke*, Bd. 4, Berlin (DDR): Dietz, S. 43-47.
- Luxemburg, Rosa 1974b: *Die Krise der Sozialdemokratie [Junius-Broschüre]* (1916). In: *Gesammelte Werke*, Bd. 4, Berlin (DDR): Dietz, S. 49-164.
- Luxemburg, Rosa 1975: *Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus* (1913). In: *Gesammelte Werke*, Bd. 5, Berlin (DDR): Dietz, S. 5-411.
- McMichael, Philip 2000a: Globalization: Myths and Realities (1996). In: J. Timmons Robert & Amy Hite (Hg.), *From Modernization to Globalization. Perspectives on Development and Social Change*. Malden, Mass. & Oxford: Blackwell, S. 274-291.
- McMichael, Philip 2000b: Ravisiting the question of the transnational state: A comment on William Robinson's ‚Social theory and globalization‘, *Theory and Society* 30, S. 201-210.
- Marx, Karl 1853: Die britische Herrschaft in Indien, MEW 9, 127-133
- Marx, Karl 1867: *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*. Erster Band. Buch 1: *Der Produktionsprozeß des Kapitals*, MEW 23, Berlin: Dietz
- Marx, Karl 1885: *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*. Zweiter Band, Buch II: *Der Zirkulationsprozeß des Kapitals*, MEW 24, Berlin: Dietz.
- Marx, Karl; Friedrich Engels 1848: *Manifest der Kommunistischen Partei*, MEW 4, Berlin: Dietz.
- Panitch, Leo 2000: The New Imperial State, *New Left Review* New Series 2 (März/April 2000), 5-20.
- Panitch, Leo; Sam Gindin 2003: Global Capitalism and American Empire, *The Socialist Register* 2004, zit. nach [www.yorku.ca/socreg/](http://www.yorku.ca/socreg/)
- Robinson, William I. 2000: Social theory and globalization: the rise of the transnational state, *Theory and Society* 30, S. 157-200.
- Rosdolsky, Roman 1968: *Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen „Kapital“*. *Der Rohentwurf des Kapital 1857-1858*. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt.
- Shaw, Martin 2000: Leo Panitch, The New Imperial State – reply to article in – *New Left Review* 2, 2000 [www.sussex.ac.uk/Users/hafa3/panitch.htm](http://www.sussex.ac.uk/Users/hafa3/panitch.htm)
- van der Heyden, Ulrich 2003: Die „Hottentottenwahlen“ von 1907. In: Jürgen Zimmerer, Joachim Zeller (Hg.), *Völkermord in Deutsch-Südwestafrika. Der Kolonialkrieg (1904-1908) in Namibia und seine Folgen*. Berlin: Ch.Link, 97-102.
- van der Pijl, Kees 1995: The Second Glorious Revolution: Globalizing Elites and Historical Change. In: Björn Hettne (Hg.), *International Political Economy. Understanding Global Disorder*. Halifax: Fernwood/Cape Town: SAPES SA/London & New Jersey: Zed, 100-128.
- Zürn, Michael: 1998: *Regieren jenseits des Nationalstaates*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.